

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Nr. 152.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 2. Juli 1930.

12. Jahrgang

Das halte fest: bei hellem Sonnenschein
Ist's leichte Kunst, getrost den Mut zu sein,
Doch ob ein Menschenherz ist stark und groß,
Das zeigt sich erst bei einem schweren Los.

R. Telmann.

Kapital-Flucht.

Durch die Presse gehen Mitteilungen über die Höhe der nach dem Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien. Man schätzt sie nach der Zeitung der Beamten „Der Beamtenbund“ auf rund 10 Milliarden Mark. In der gleichen Zeitschrift werden bestimmte Transaktionen beleuchtet, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus Bedenken erregen. Es ist bekannt, daß bestimmte Schweizer Kantone keinen bestimmten Steuerfuß erheben, sondern einen solchen mit Großfirmen, die dort ansässig sind, abschließen. Es entsteht also eine Konkurrenz unter den einzelnen Kantonen, die darauf anzielt, Unternehmen in den betreffenden Kanton zu ziehen. Der Kanton, welcher den billigsten Steuerfuß oder die günstigste Vereinbarung trifft, macht das Rennen. So haben eine Anzahl deutscher Großfirmen ihre Einkaufskontore, ja, ganze Verwaltungen nach schweizerischen Kantonen verlegt und versteuern dort ihre Gewinne. Auf diesem Wege werden Deutschland recht erhebliche Steuerbeträge entzogen, die gerade jetzt Deutschland am nötigsten sind. Fragen wir uns nach den Gründen der Kapitalabwanderung, so müssen wir zunächst feststellen, daß die Verzinsung solcher im Ausland angelegter Kapitalien recht niedrig ist, die Rendite also nicht die ausschlaggebende Rolle spielen. Für solches Kapital würde in Deutschland immerhin 6 bis 10 Prozent zu erzielen sein, während man bestenfalls 3 bis 3½ Prozent in der Schweiz, in Holland und anderen Ländern bekommt.

Das Kapital wandert stets nach folgenden zwei Gesichtspunkten: 1. Erzielung des möglichst höchsten Zinsfußes; 2. der größtmöglichen Sicherheit. Wie wenig Vertrauen muß bei den führenden Wirtschaftskreisen in Deutschlands Zukunft liegen, wenn trotz des auswärts gezahlten niedrigeren Zinsfußes das Kapital abwandert.

Der Aufwärts hat niemals die Interessen der Finanzvertreter und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Abwanderung, gegen die man gesetzlich keine Handhabe hat und finden kann, tief zu verurteilen. Mit 10 Milliarden Mark könnten Tausende von Arbeitslosen beschäftigt finden, wenn das Geld werbend, produktiv, angelegt wird. Man darf aber in diesen schweren Entscheidungstagen nicht außer Acht lassen, daß das Mißtrauen gegenüber der Politik der Regierungen Deutschlands nicht ganz unberechtigt ist. Man erinnert sich heute dessen, daß mit einem Federstrich Zehntausende deutscher Sparer und Rentner ihr Vermögen verloren und es ist nur ein schwacher Trost, daß die Inflation einer Naturgewalt zu vergleichen gewesen sei, so daß es einen anderen Ausweg nicht gegeben hätte.

Bei näherer Überprüfung darf festgestellt werden, daß die Inflation durchaus kein „Naturereignis“ war, sondern ein Zwischenspiel, an dem die deutsche Regierung der Ära Dr. Brüning nicht ganz schuldlos zu sein scheint. Ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken, weil die tiefsten und letzten Hintergründe nicht mit mathematischer Genauigkeit zu beweisen sind. Ich berufe mich lediglich auf das Zeugnis eines großen Freundes der Ära Rathenau-Dr. Brüning, des Viscount D'Abernon, erster englischer Botschafter nach dem Weltkrieg in Berlin, dem man ein Urteil zutrauen darf. Viscount D'Abernon behauptet in seinen Memoiren Unterlassungsünden der damaligen deutschen Regierung, die bereits 1922 die Inflation haben bannen können, wenn sie auf gewisse Sachverständigenvorschlüsse eingegangen wäre, die damals von ersten ausländischen Wirtschaftlern und Finanzleuten gemacht worden wären. Also scheint die Inflation durchaus nicht so unvermeidlich gewesen zu sein, wie es nachträglich behauptet wird. In der Streichung der inneren Schuld lag eine Untreue gegenüber dem deutschen Volke und seinen Gliedern. Denn nicht nur wurden Kleinsparer und Kleinrentner zu Hungernden und Bettlern gemacht, sondern der Besitz überhaupt bis zu einem gewissen Grade enteignet. Und darüber hinaus konnten die Tributgläubiger ausdrücklich auf die Lösung der inneren Schuld Deutschlands verweisen, um ihre höheren Forderungen des Dampfesplans zu begründen. Wie tatsächlich geschehen. Der Aufwärts hat diese Untreue scharf genug gekenn-

Der Rhein ist frei!

Ein Rückblick und Ausblick.

Von Rechtsanwalt Prof. Dr. Grimm-Essen.

Professor Dr. Grimm, einer der bekanntesten deutschen Verteidiger vor den Besatzungsgerichten unfeligen Angeklagten, schildert nachstehend die Not des Rheinlandes in den Jahren der Fremdherrschaft, den tapferen Kampf der Bevölkerung gegen fremde Willkür und die Bedeutung der Räumung für die deutsche Politik.

Der Rhein ist frei! Die letzten fremden Truppen haben Mainz, die viel umstrittene Feste und das Einfallstor in das Herz Deutschlands, verlassen.

Eine unsagbare Freude ergreift das ganze deutsche Volk, das zurückblickt auf eine Zeit schwerer Not und bitterster Enttäuschung und nun zu erkennen beginnt, daß wir an einem Wendepunkt unserer Zeitgeschichte angelangt sind, wo es sich schon verlohnt, einmal stillzustehen und sich auf sich selbst zu besinnen, um zu erkennen, was um uns vorgegangen ist, einmal Rückblick zu halten auf die schwere Zeit, die hinter uns liegt, und einen Ausblick zu tun auf das Neue, das sich vor uns auftut.

Schauen wir zurück, so sehen wir den Zusammenbruch von 1918, den Kampf um den deutschen Rhein auf dem Pariser Friedenskongreß und den Druck der fremden Besetzung. Diese fremde Besetzung war keine „unsichtbare militärische Besetzung“. Wir am Rhein haben sie deutlich gespürt mit all ihrer Last, der Demütigung und Ohnmacht unfreies Volkes, das in seiner Existenz bedroht war.

Wir erlebten die Periode der aggressiven französischen Rheinpolitik, die Vorsetzungen der fremden Generale, der Foch, Mangin, Gérard, Morand, de Wey u. a.; wir erlebten den Verrat eines Dorsten, Haas, Smeets und Mathes. Wir blieben heute schauernd zurück auf die Jahre 1919 und 1923, wo wir den Rhein fast verloren hatten, und wir stellen mit stolzer Freude fest: Das Volk am Rhein blieb in aller Bedrängnis stark und treu.

Als alles zusammenzubrechen schien, als alles wankte, was uns einst groß und heilig gegolten hatte, hielt das Volk doch aus. Es war da etwas, was niemand auszulöschen vermochte, was in unserem Innersten lebte, fest und unerschütterlich, das war der Glaube an Deutschland.

In diese Zeit, in der der Rhein bedroht war, denken wir heute zurück: Zunächst an die Monate Mai — Juni 1919. Clemenceau hatte sein Ziel, die Bildung eines rheinischen Pufferstaates von Frankreichs Gnaden, auf dem Pariser Friedenskongreß auf un-mittelbarem Wege nicht erreicht. Diese Bestrebungen waren damals an dem Widerspruch Wilsons und Lloyd Georges gescheitert. Da griff die Generalspartei Foch-Mangin-Gérard zu einem letzten Mittel. Sie wollten den Friedenskongreß vor eine vollendete Tatsache stellen. Mangin ließ am 1. Juni 1919 durch Dr. Dörten, Wiesbaden, der nach dem Geheimbericht des Marquis de Villers nichts anderes war wie ein bezahlter Agent im Solde Frankreichs, die Rheinische Republik ausrufen. Am gleichen Tage verkündete in Speyer der Verräter Dr. Haas, der Schlingling des französischen Generals Gérard, die „Freie Pfalz“.

An der Treue des rheinischen und pfälzischen Volkes scheiterten diese ersten Versuche, die Rheinlande und die Pfalz von Deutschland zu trennen! Als die Tausende in Speyer das Deutschlandlied sangen, wurde auch der fremden Besatzung der wahre Wille des Volkes klar.

Am 3. Juni 1919 stellten Wilson und Houpe in Paris in einer Sitzung der amerikanischen Delegation fest, daß es sich hier um einen „Betrug“, eine von Paris aus inszenierte Masche handelte, und daß die Bewegung nicht „spontan“ sei.

Noch gefährlicher aber war der zweite Separatistenaufstand im Oktober und November 1923, der, von dem französischen Komitee des linken Rheinufers geleitet und von den militärischen Stellen unterstützt, den verbrecherischen Separatismus in den Besitz der Rathhäuser von der Pfalz bis nach Duisburg setzte.

Soeben erscheint im Hanseatischen Verlag Hamburg das Werk: Grimm: Vom Ruhrkrieg zur Rheinlandräumung. Ergebnisse eines deutschen Verteidigers vor französischen Kriegsgerichten. Preis kart. 4,50 Mark.

zeichnet. Und Untreue schlägt den eignen Herrn. Das Vertrauen in das Wort des „Staates“ ist geschwunden. Wer irgend kann, rettet sein Vermögen oder Vermögenswerte und Vermögenswerte ins Ausland, in der Erwartung eines sicheren Zusammenbruchs in dem auch eine Goldbeinsetzungsklausel unter Umständen wertlos ist oder

Oktober—November 1923! Die schlimmste Zeit deutschen Zusammenbruchs. Die Zeit der Hochinflation.

Der passive Widerstand war bedingungslos eingestellt worden. Aber Poincaré setzte den Kampf fort. Das war die Zeit, von der Poincaré gesagt hatte, daß er das Chaos abwarten könne.

Das Chaos war da!

Am 23. November 1923 hielt Poincaré seine berühmte Kammerrede, in der er auf den baldigen Zusammenbruch des Werkes von Bismarck anspielte. Die Besatzungsmächte, so sagte er, seien nicht verpflichtet, Berlin gegen die Errichtung neuer Bundesstaaten und selbst gegen die Verdrümmung der deutschen Einheit zu schützen. Er schloß mit den pathetischen Worten: „Wir können also, früher oder später, mit Änderungen in der politischen Verfassung der Gesamtheit oder von Teilen des besetzten Gebietes rechnen.“

Doch es kam anders!

Beherzte Männer rafften sich zum Kampfe Mann gegen Mann gegen die Separatisten auf. Der blutige Sonntag von Düsseldorf, die fagenhafte Schlacht im Siebengebirge, der Ueberfall von Hanhofen, das Strafgericht von Speyer und Birmaßens machten dem Spuit ein Ende.

Die deutsche Einheit, unter so schmerzlichen Kämpfen geboren, hat in dieser Zeit der Not und des Kampfes ihre Feuerprobe bestanden!

Der Ruhrkampf brachte den Höhepunkt und die Entscheidung des Ringens. Die Opfer, die damals das ganze Volk gebracht hat, sind nicht vergeblich gewesen. Der Ruhrkampf mit all seiner Last und allen Opfern, ist zum Moskauer des Neo-Napoleonismus geworden, der von 1918 bis 1924 die Hand ausstreckte nach dem deutschen Rhein.

Tausende gingen damals in die Gefängnisse um ihrer Treue zu Deutschland willen. Mehr als 150 000 Deutsche, Männer, Frauen und Kinder, verließen Haus und Heim, weil sie dem Vaterlande die Treue halten wollten. Das war die Zeit, von der Viscount D'Abernon in seinen Memoiren sagt, daß sie „fast wie ein Sterben schienen“, die uns aber zur „Auferstehung“ wurde.

Wenn wir heute zurückblicken auf die Jahre 1919 und 1923: Welch ein Umschwung!

Auch in Frankreich selbst brach sich nach dem Ruhrkampf die Erkenntnis Bahn, daß es so nicht weitergehe und die Gewaltpolitik in den Frieden Europas und der Welt bedrohe und zum Untergang führen müsse.

In dieser Stunde der Freude, die ein Weibetag der deutschen Nation ist, wollen wir die Opfer nicht vergessen, die das ganze Volk gebracht hat, und die erst diesen Umschwung ermöglichten. Wir wollen der Führer gedenken, die den Weg wiesen, der uns aus dem tiefsten Zusammenbruch hinaufführt zu einer besseren Zukunft. Wir wollen aber auch die Kleinen nicht vergessen, die, nicht auf sichtbaren Platz gestellt, nicht bewundert und geachtet von der Nation, mit einer oft rührenden Selbstverständlichkeit in des Staates höchster Not ihre Pflicht getan haben.

Dem unbekannten Soldaten der Besatzungszeit gebührt heute der Dank der Nation.

Und so möge aus der Erkenntnis der Vergangenheit der Tag der Rheinlandräumung dem deutschen Volke zum Segen gedeihen, möge uns den Blick freimachen für die Aufgaben, die vor uns liegen.

Der Tag der Rheinlandräumung soll ein Tag ungemischter Freude für das ganze deutsche Volk sein. Er möge uns emporheben zu wahrer Volksgemeinschaft, aus dem Bewußtsein heraus, daß es in der hinter uns liegenden Notzeit auch nur durch die Opfer aller möglich war, den Bestand des Reiches zu erhalten.

In dem Opfer- und Gemeinschaftsgeist der Besatzungszeit, der Jahre 1918/1919, 1923/1924 wollen wir uns die Hände reichen zur Feier der Rheinlandräumung in dem festen Glauben an Deutschlands Zukunft.

durch verwaltungstechnische oder gesetzliche Maßnahmen aufgehoben werden könnte. Es gab schon einmal eine Zeit, da Mark gleich Mark gesetzt wurde, trotz Goldklausel auf den Reichsbanknoten. In der nicht ganz unbegründeten Furcht vor einem kommenden Zusammenbruch liegen die letzten Gründe der Kapitalflucht. In

der überspannten Steuererhebung der Grund für die Verlegung von Betrieben ins Ausland.

Die Sozialdemokratie mag diese Argumente ihren Anhängern verschweigen und ihre Agitation gegen den „Kapitalismus“ unter Hinweis auf die Kapitalflucht ansetzen, um Verdrüssung zu schaffen. Mit Phrasen und Parteiprogrammen holt man das geflüchtete Kapital nicht zurück. Nur eine endgültige, schonungslose Aufdeckung des Status des Volkvermögens und der ernsten Wille, endlich aufzuräumen, können Vertrauen schaffen. Ist es denen die ein mühsam erarbeitetes kleines Kapital in der Inflation verloren, zu verdanken, wenn sie einen neuen Verlust nicht abwarten wollen? Es sind ja nicht nur Großkapitalisten, die ihr Vermögen ins Ausland flüchten lassen.

Nach den Mitteilungen eines angesehenen Wirtschaftsberichts büros befinden sich unter denen, die z. B. ihr Geld in ausländischen Eisenbahnwerten anlegen, auch recht namhafte Republikaner. Welche Motive für deren Transaktionen maßgebend sein mögen, sei ununtersucht, die Tatsache besteht jedoch, daß auch sie ihr Geld im Ausland anlegen.

Deutschland muß endlich zur Klarheit und Wahrheit kommen. Das deutsche Volk braucht in seinem heutigen Stadium keine Morphium- und Kampfersprigen, in deren Verabreichung die Parteagitatoren der letzten zehn Jahre geschickte Meister waren, das deutsche Volk braucht Mithras, um seine wahre Lage zu erkennen. Zehn Jahre hat man es durch „Brot und Spiele“, durch innere Zerrissenheit abgehalten, sich über seine Lage klar zu werden. Sinweg mit dem Bahn. Die Kapitalflucht ist ein ernstes, sehr ernstes Warnungszeichen. Und die andere Seite: Wenn einmal wieder Ordnung in deutschen Länden sein wird, wird uns dieses Kapital im Ausland noch einmal von Nutzen sein, weil es, geschützt, dem allgemeinen Verfall aller Werte entgangen ist.

Schwersten Zeiten gehen wir entgegen. Zeiten, die große Arbeitskämpfe, wirtschaftliche und politische Auseinandersetzungen bringen müssen und wenn nicht alles täuscht, so dauert es nicht einmal bis zum Herbst, bis aus der Finanzkrise eine Staatskrise geworden ist. Dann erst wird der deutsche Arbeiter merken, wohin der Weg gegangen ist.

Wenn die freieste und sozialste Republik, seine Republik, gezwungen sein wird, dem Diktat der internationalen Hochfinanz folgend, Wirtschaftskämpfe abzuwehren, weil hinter dem ausländischen Kapital politische Macht steht, dann erst wird er über die 10 vertriebenen Jahre sich Rechenschaft ablegen und feststellen, daß er in falscher Frontrichtung kämpfte. Denn darüber ist man sich doch bei uns klar, daß die Auslandsinteressen, die Ueberfremdung, so stark ist, daß eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit heute nicht mehr eine innerdeutsche Angelegenheit ist, sondern ein Kampf des zur Schlawerei verurteilten deutschen Arbeiters gegen anonyme Finanzmächte, die ihm die Arbeitsbedingungen diktieren, die nicht zu fassen sind, wie etwa der deutsche Unternehmer 1918.

Es ist die Schuld der republikanischen Parteien, daß ein Großteil des deutschen Volkes mit verbundenen Augen durchs Leben taumelte. Wir haben den Krieg verloren. Was sich heute abspielt, ist nicht die Schuld des verlorenen Krieges, sondern die Schuld derer, die den Frieden verloren haben. Ein einiges, geschlossen und entschlossen kämpfendes Volk tut uns not. Aber erst muß die Binde von den Augen. Die aufrichtige Presse, die ungebundene und ungekaufte hat ihre Aufgabe. Die Gewissen der Nation zu sein. Wo ist die Presse, die sie erfüllt? J. B. A.

Aus Hugsburgs Jubiläumstagen.

Zweite Fortsetzung.

Und nun, was sollen wir noch mitmachen? Die Autounfahrt durch die Stadt auf drangvoll eingekerkertem Platz? Furchtbarer Gedanke! Fahret, fahret wohl, aber ohne mich! Oder soll ich den goldenen Saal im Rathaus betrachten und beschreiben? Ich war im goldenen Rathaus zu Stockholm und die Feste des „Aufwärts“ mit mir. Oder sollte ich rührsam die 250 Fälle aufzählen, in denen die dienstbereiten Sanitäter beim Festzug eingriffen? Aber es war das alles nur „halb so schlimm“, und die meiste Hilfe bestand in der Verabreichung kühler Limonade, die auch die nicht „Unfalligen“ schmerzlos ertragen hätten. Nein, lieber wollen wir etwas zwischen den entzückenden Brunnen umherspazieren, die teils die großen Plätze zieren, teils in lauschige Ecken ungemein reizvoll hineingeknielt sind, wie z. B. hier gerade der Goldschmiedebrunnen. Von diesem kühlen Platz haben wir es auch nicht weit zur Sankt-Anna-Kirche, wo gerade Professor Rudolf Koch aus Offenbach auf Veranlassung des Vereins für kirchliche Kunst ein geharnischtes Sonett über den Ungeheuer in der Kunst erklingen läßt. Er ist gerade vor drei Tagen von der Evangelisch-theologischen Fakultät zu Münster zum Doktor honoris causa erhoben worden. Aber die neue Würde hat ihn nicht umgeworfen. Mit Urfrische behauptet er zunächst, daß er ganz gegen seinen Willen hier zum Vortrag stünde, und knüpft die innere Verbindung mit seinen Zuhörern höchst eigenartig mit der weiteren Bemerkung an, daß er eigentlich viel was Besseres zu tun hätte, nämlich zu arbeiten. Vortrag halten scheint er also nicht als Arbeit anzusehen. Wehe vielen, die es anders halten und üben! Aber dann kam aus dem wunderlichen Gehäuse dieses Vortrages ein Mensch heraus, den man lieb gewinnen mußte. Sein Ausgangspunkt war seine Liebe zur Bibel. Weil er seine Bibel in wahrhaft schöner Schrift und in echten guten Stoffen sehen und lesen wollte, darum schnitt er neue, schöne Buchstaben, schöner als alle Buchstaben in allen Sekereien, und mit diesen neuen Buchstaben ist auch die neue Silberbibel von Schäfer gedruckt worden. Und ein

Ragenparade.

Ein hoher evangelischer Geistlicher aus Schlesien, dem sein hohes Alter — er zählt über 80 Jahre — zu seinem Leidwesen den Besuch unserer Bundestagung in Würzburg unmöglich machte, schickt uns folgende Zeilen:

In Breslau ist jetzt eine reich besetzte Ausstellung von Ragen. Die „Schlesische Zeitung“ vom 3. Mai berichtet über sie unter der Überschrift: „Parade der Ragen. 1400 Mark für einen Warmkörper. Von goldenen Betten und seidenen Kissen.“ Der Raumerparnis wegen entnehme ich dem lehrreichen Berichte nur wenige Zeilen:

„Ein goldenes Bett, blaueiden bezogen. Blaue Seide auch das mit Rordeln verbrämte Kissen auf dem der Familienpapa sich häuslich niedergelassen hat.“

Nun eine Bitte! Nicht weit von dem großen Saale wolle man in irgend eines der großen Seiten- oder Hinterhäuser treten! Auch da ist lehrreiches zu schauen! Man sieht, was nicht nur in Breslau, sondern in vielen Großstädten, nicht Ragen, sondern Menschen als von ihnen zu mietender Wohnraum geboten wird!

Die Bewohner haben dort weder goldene Betten noch seidenen Kissen und Decken, auf denen sie ihre Glieder strecken. Sie begehren sie auch nicht! Aber sie haben auch nicht ein eigenes Bett! Hier sind 8, dort gar 11 Menschen in einem Raum gepfercht! Mehr als drei Betten hätten kaum Platz. Das gleiche Bett beherbergt Gesunde und Kranke, Alte und Kinder, natürlich auch Menschen verschiedener Geschlechter!

Von den Folgen, auch denen für die Sittlichkeit der Kinder, schweige ich! Sie schreien laut gen Himmel! Man gehe hin und versuche, dort belehrende Vorträge über das Familienleben als die Grundlage der Staatswohlfaht, über Mutterglück und Frauenwürde, zu halten!

Aber eine Frage möchte ich nicht unterlassen: Ist es zu verantworten, wenn Solche, die sich ihres entschiedenen Eintretens für Nation und Altar besonders rühmen, alles tun, um zu verhindern, daß das Wohnheimstätten-gesetz zustande kommt, das den § 155 der Reichsverfassung zur Tat werden ließe, der, wie jeder, der ihn kennt, weiß, nicht dem privaten Eigentum zu nahe tritt, wohl aber durch Hinderung der Spekulation mit vaterländischem Boden solchen Zuständen ein Ende zu machen sucht!

Es ist doch wohl nicht ganz unbekannt, daß einst einer, der das Kleid der Armen trug, uns gelehrt hat, daß auch das ärmste Kind vor Gott einen Ewigkeitswert hat, und denen ein ernstes Wehe zurief, die ihn nicht achten, und seine Jünger nicht an schönen Worten, sondern an den „Früchten“ erkennen will, den Werken, welche die Gottesliebe als Wahrheit verkünden! „Bodenreform“.

Entscheidung gegen Thüringen.

Der Staatsgerichtshof bezeichnet den Paragraphen 3 des Ermächtigungsgesetzes als nicht verfassungsgemäß. In der Meinungsverschiedenheit zwischen Reich und Thüringen über die Verfassungsmäßigkeit des § 3 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes hat das Reichsgericht zugunsten des Reichs entschieden und den § 3 Abs. 1 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29. März 1930 als mit dem Reichsrecht nicht vereinbar erklärt.

§ 3 Abs. 1 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29. März 1930 bestimmte, daß richterliche Beamte vom Staatsministerium auf Wartegeld gesetzt werden können, wenn eine Umbildung der Staatsbehörden „als gegeben gilt“. Der Staatsgerichtshof erblickte darin einen Eingriff in wohlverworbene Rechte der Beamten.

weiterer Ausgangspunkt war ihm die Stätte der Bibel, das evangelische Gotteshaus und der Altar! Alles Gold und alle Herrlichkeit, Samt und Seide gehört an den Altar, sagt er, aber andererseits nur etwas Echtes, wenn auch einfaches, etwas von Eigenwert, das gerade an diesen Altar in dieser vielleicht armen Gemeinde paßt. Gutes Sinn in guter Form ziemt sich für Altargerät mindestens ebenso wie leichtes Silber. Man soll nie mit dem Schein prahlen, erst recht nicht in der Kirche. Es braucht gar nichts Besonderes da zu sein, nicht mal Stickereien auf den Vorhängen vor dem Altar (Antependien). Aber die Kirchenfarben müssen von diesen Vorhängen schön sichtbar sein, auch das viel zu sehr vernachlässigte Weiß. Man muß nur merken, daß die Gemeinde ihr Gotteshaus lieb hat und nichts Großes und nichts Kleines unbeachtet läßt. Und für die allereinfachste Kirche ist die schönste Kunst und der „edelste Aufbau“ schon vorhanden, wenn sie sauber ist! Hört, ihr Herren, und laßt euch sagen! Einen wundervollen Rahmen für den höchst originellen Redner, und die ausgestellten Gegenstände seiner Kunst — er spinnt, webt, färbt mit seinen Reuten selbst, um unzweifelhaft gute Stoffe für die Altarbekleidung zu haben — gab der Raum, eben die St. Anna-Kirche. Sie ist die Kirche der evangelischen Ueberlieferung. In dieser Kirche hat Luther 1518 oft gekniet. Hier wurde Weihnacht 1525 zum erstenmal das hl. Abendmahl unter beiderlei Gestalt gefeiert. Und diese Kirche ist mit fuggereichem Reichtum ausgestattet und ist ein Schatzhaus mittelalterlicher Kunst. Ein großartiges, 3-teiliges Holzschnitzwerk über dem Altar fesselte immer wieder meine Augen. Leider erlaubt mir der Raum nicht mehr, gebührend auf den groß angelegten Vortrag von Rudolf Schäfer über „Luthertum und Kunst“ einzugehen. Als ich die Menschheit in den riesigen Rundsaal des Ludwigsbaues einströmen sah, bekam ich einen Eindruck von der Gemeinde aus allen deutschen Gauen, die hinter diesem Mann steht. Seine Erscheinung, seine Gesichtszüge sprachen von starker Geistigkeit. So war auch sein Vortrag. Er räumte auf mit der falschen, unwirklichen Kunst, die gedankenlos etwas bringt, das was sein soll und nichts ist: Beispiel eine Grußkarte: Ein Zweig von Tanne, mit Schnee bedeckt,

Die deutsche Sozialpolitik.

— Berlin, den 30. Juni 1930.

Eine Rede Stegerwalds im Reichstag.

In Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichs, arbeitsministeriums im Reichstag äußerte sich Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

über die Fragen der Sozialversicherung. Die Verwaltung müsse vereinfacht und verbilligt werden. Unsere Sozialversicherung sei heute etwas ganz anderes geworden, als vor vierzig Jahren geschaffen wurde. Der Krankentatbestand sei heute größer als der Netto-Stat des Reichs.

Die Nationalisierung müsse in der Sozialversicherung ihre Grenze da finden, wo sie den sozialpolitischen Zweck der einzelnen Versicherungszweige gefährden würde.

Durch die Sozialversicherung dürfe aber nicht die persönliche, berufsgenossenschaftliche und gewerkschaftliche Verantwortung aufgehoben werden. Sie sei nicht Selbstzweck, sondern diene der Förderung der Volksgesundheit und der Sicherung gegen die mit dem Arbeitssystem verbundenen Gefahren.

Das Ministerium werde schon in naher Zeit Vorschläge für die organisatorische Vereinfachung, Vereinfachung und Vereinheitlichung der Sozialversicherung machen.

Schon jetzt müsse der Arbeiter 15 Prozent seines Lohnes für Versicherungsbeiträge abgeben. In diesem Zusammenhang begründete der Minister auch die Krankenversicherungsreform, die zu einer Senkung der Krankentatbestand beitrage führen müsse. Ein Prozent der Ausgaben der Krankenversicherung könne ohne Schädigung des Versicherungswesens eingespart werden. Der Invalidenversicherung könne man nicht Inanspruchnahme politischer Vorrechte. Vor dem Kriege hatte sie eine Reserve von zehn Jahresausgaben, heute nur noch eine solche von einer Jahresausgabe.

Angeichts der Lage der Invalidenversicherung werde man dort um eine Beitragserhöhung nicht herumkommen.

Der Minister besprach weiter die Fragen des Wohnungsbau und trat dafür ein, daß die Hauszinssteuer-mittel mehr den Kinderreichen und Neuverheirateten zu Gute kommen. Eine Gefahr für das ländliche Siedlungswesen kann nicht anerkannt werden. Wir hoffen, künftig jedes Jahr in Verbindung mit einer Siedlungsbank 50-75 Millionen dafür verwenden zu können. Wir wollen auch den ländlichen Wohnungsbau nach Kräften fördern, um den Zuzug zur Stadt aufzuhalten und sogar zu einer Rückführung von den Großstädten aufs Land zu kommen.

Abg. Hüller (Christl.-Nat.) sprach dem Minister das Vertrauen seiner Partei aus. Die Sozialversicherung müsse jetzt in den Dienst der Wiederbelebung der Wirtschaft gestellt werden.

Abg. Witte (Soz.) wandte sich gegen die Novelle zur Krankenversicherung und lehnte sie ab.

Der Evang. Volksdienst zum Notopfer.

Die Bezirksleitung des Evangelischen Volksdienstes Westfalen-Ost bekennt sich zur Erhebung eines Volks-Not-Opfers, zu dem neben den Festbedienten auch alle übrigen in ihrer Existenz gesicherten und leistungsfähigen Volkskreise heranzuziehen sind.

Die Regierungsvorlage bedarf in dieser Hinsicht dringend einer Verbesserung, dabei ist Voraussetzung, daß das Notopfer nicht vom Hoheinkommen, sondern vom steuerbaren Einkommen erhoben wird. Es widerspricht aller gefunden Familienpolitik, wenn Kinderreiche und Kinderlose gleichmäßig zu dieser Steuer herangezogen werden.

Der Evangelische Volksdienst erwartet von der Reichsregierung, daß sie trotz aller Widerstände aus den Kreisen der Interessenten und den Parteien an dem Gedanken des Notopfers festhält. Zugleich erwartet er eine durchgreifende Sparaktion auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung und sorgsamster Beachtung aller sozialen Notwendigkeiten.

Scheele, 1. Vorsitzender des Evangelischen Volksdienstes Westfalen-Ost.

Das C

Die endgültige Weltpresse mit gesehen von der räumung wohl französischen der letzten Reg de Paris“ etwa dem Oberkom die Wangen h

Bon den Stellung der mung, wenn deutsch-französi oder fünf f immerhin erfo Frankreich De wieder gibt“, de zwischen beiden

Auf einer fast aller links Rouvelle“ schei land schließlich gebracht und die Räumungsverh stellt hat, verg von der „Trad dem Abmarsch wertet die Rā Arbeit Streifen laß der Räum Verständigung

Ein wesent liegenden Zeitr Ausnahme ein „die günstigste Gefahren enth sogar dazu, di Vernichtung de spricht davon, militärischen daten nichts g Niederlage en „Action Franc Rheinlandbräu Verbrechen geg

Der „Te der Feststellu schichte, der sei letzten Politik der die Ausfi die Frage, in fassung nach t nal des Deba Räumung auf fischen Politik Was nunmehr haltung des A das Blatt, fe lnte Rheinuf Rheinfers de hätten. Dafür trollrechte. D groß“, und d Krieges sei, d Willen Deuts

Wie abwo eine kurze B leider vorhand vom Rhein b der Räumung biet und in ei Rheins kein e einziger deutsc der Nähe die

Hand auf alles, Kirche ihr Rech talangrig gegen im geschichtli hende Kultur demonstration Dinge deutlich rade in den Be rungen angestel dienst und We reich war des R einanderfetzung Der hatte gege Heute — man v Unfönn von der schen „Gebildete“ eingefallen sind wußt, als die Als ob bei dem solch blaffen W Ofen weglocken des Evangelium Darum geht es wir meinen dan Welt von ganz rief es allen B enden jungen e hätte ruhig sag vielleicht noch m Sieg für uns. sind vergangen. Errungenschaft de deckte, ist überm schüler nach der Dibelius in per in allem, wir d Zeit zu leben, r teitet, der Freu fert! Verdienter die Herzen seine

ff.
1930.
d.
Reichs-
verwaltung
Sozial-
den, als
fassen-
liches.
erliche
politisi-
ne
die ver-
Befrei-
und der
bundenen
Vor-
erliche
es seines
Zustand-
entfassen
den der
Berichte
überwiesen.
Jahres-
Jahres-
werde
berum
es Woh-
nsteuern
ten zu
belebungs-
künftig
50-75
ten auch
um den
Müde-
men.
über das
ung müsse
schaft ge-
Robelle
ppfer.
adienten
s Volks-
auch alle
ungsfähig
icht drin-
daß das
n steuer-
nicht aller
und Rin-
gezogen
r Reichs-
den Krei-
Gedan-
er eine
er öffent-
der sozia-
i Volks-
t: Harre-
tief, sehr
Verbin-
heilsbe-
dem ehr-
ormation
ische als
emeinde
ng nichts
gebärde"
gedu sei-
nach der
en Jung-
das Licht
s, vereh-
ich mir
ormit-
s Inter-
stelle für
al einge-
vielfach
rtig, wie
en Form
und dann
s, sei du
Herzens-
ntendent
mwärtige
as er an
deutete
er Kirche
d Beträti-
Führer,
wir mei-
us selbst,
men nö-
che frei-
ere Auf-
schwere

Das Echo der Räumung.

— Paris, 1. Juli.

Die endgültige Räumung des Rheinlandes durch die französischen Truppen wird von der gesamten Weltpresse mit langen Kommentaren begleitet. Abgesehen von Deutschland ist das Echo der Rheinlandräumung wohl am stärksten in Frankreich; fast alle französischen Zeitungen schildern beweglich den Abzug der letzten Regimenter, wobei das rechtsstehende „Echo de Paris“ etwas übertrieben von Tränen berichtet, die dem Oberkommandierenden beim Abschied von Mainz die Wangen hinabgeglutert sein sollen.

Von den allgemeinen Betrachtungen ist die Feststellung der „Volonté“ hervorzuhoben, daß die Räumung, wenn sie unmittelbare Rückwirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis ausüben sollte, vier oder fünf Jahre früher hätte erfolgen müssen; immerhin erhofft die „Volonté“ aber auch davon, daß Frankreich Deutschland wenigstens „1930 die Freiheit wiedergibt“, den Beginn einer neuen Zusammenarbeit zwischen beiden großen Nachbarreichen.

Auf einen ähnlichen Ton sind die Ausführungen fast aller linksstehenden Zeitungen abgestimmt; „Le Nouvel“ scheint dabei die schweren Opfer, die Deutschland schließlich für die Befreiung des Rheinlandes gebracht und die Zumutungen, die Frankreich bei den Räumungsverhandlungen wiederholt an Deutschland gestellt hat, vergessen zu haben, spricht die Zeitung doch von der „Tradition der Großmut“, der Frankreich mit dem Abmarsch vom Rhein folge! „L'Éclair“ wiederum wertet die Räumung als den normalen Abschluß der Arbeit Stresemanns und benutzt im übrigen den Anlaß der Räumung, um für eine deutsch-französische Verständigung zu plädieren.

Ein wesentlich anderer Geist spricht aus den rechtsstehenden Zeitungen. Für sie ist die Räumung ohne Ausnahme eine politische Fiktion, die für Deutschland „die günstigste ist“, für Frankreich aber Gefahren über Gefahren enthält („Figaro“). „L'Ordre“ versteigt sich sogar dazu, die Räumung als den „Schlußpunkt der Vernichtung des französischen Sieges“ zu beklagen und spricht davon, Frankreich sei nun von dem Genie der militärischen Stöße und dem Heroismus der Soldaten nichts geblieben, als lediglich die Tatsache, der Niederlage entgegen zu sein; und die royalistische „Action Française“ gar faßt ihre Meinung über die Rheinlandräumung in die Schlagzeile zusammen: „Das Verbrechen gegen das Vaterland.“

Der „Temps“ beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, „ein bedeutender Abschnitt der Geschichte, der seinen Ursprung in der in Locarno eingeleiteten Politik habe, sei zu Ende“. Der Hauptgedanke, der die Ausführungen dieser Zeitung beherrscht, ist die Frage, in welcher Richtung sich die deutsche Auffassung nach der Räumung entwickeln werde. „Journal des Débats“ bedauert, daß Frankreich mit der Räumung auf das jahrhundert alte Ziel der französischen Politik, die Rheinlandgrenze, verzichtet. Was nunmehr als materielle Garantie für die Einhaltung des Versailler Diktates übrig bleibe, schreibt das Blatt, sei nur (1) die Verpflichtung, daß das linke Rheinufer und eine gewisse Zone des rechten Rheinufers deutscherseits entmilitarisiert zu bleiben hätten. Dafür beständen aber nur zweifelhafte Kontrollrechte. Das Risiko für Frankreich sei „gewaltig groß“, und das Endergebnis der Liquidierung des Krieges sei, daß der Friede in Europa von dem guten Willen Deutschlands abhängt.

Wie abwegig derartige Betrachtungen sind, zeigt eine kurze Bemerkung auf die Wirklichkeit, wie sie leider vorhanden ist. Trotz des Abzugs der Franzosen vom Rhein bleibt die Tatsache bestehen, daß auch nach der Räumung des Rheinlandes im linksrheinischen Gebiet und in einer 50 Kilometer breiten Zone rechts des Rheins kein einziges deutsches Festungswerk und kein einziger deutscher Soldat vorhanden sein wird — in der Nähe dieser Zone insoweit nur eine Division —

Hand auf alles, Schule, Wohlfahrt, Kultur, da richtet die Kirche ihr Recht auf — aus göttlichem Recht. Ein Frontalangriff gegen alles Heilige und gegen alles mit ihm im geschichtlich gewordenen Zusammenhang stehende Kulturgut ist im Vorgehen. Die Osterdemonstration der Kommunisten hat den Stand der Dinge deutlich gemacht. Aber wir fürchten uns nicht. Gerade in den Berliner Gemeinden, wo die wüsten Störungen angestellt wurden, war ein Andrang zu Gottesdienst und Abendmahl, wie seit 1914 nicht. Sehr lehrreich war des Redners Bericht über seine öffentliche Auseinandersetzung mit dem katholischen Bischof von Berlin. Der hatte gegenüber dem Ansturm wider die Ehe von heute — man vergleiche den ausgelebten amerikanischen Altsinn von der „Kameradschaftsehe“, auf den die deutschen „Gebildeten“ prompt wie auf eine Offenbarung hereingefallen sind — schließlich keine Ausflucht mehr gesucht, als die Berufung auf das Naturrecht der Ehe. Als ob bei dem radikalen Ansturm von heute man mit solch bloßem Begriff auch nur einen Hund hinter dem Ofen weglocken könnte. Nein, hier helfen die Kräfte des Evangeliums, hier hilft der heilige Geist Gottes. Darum geht es! Deshalb rufen wir: Kirche, Kirche! Und wir meinen damit die Menschen, die Gott Ihm in dieser Welt von ganzem Herzen gehorcht sein heißt. Dibelius rief es allen Verantwortlichen und besonders den werdenden jungen Geistlichen zu: Es kostet Kampf, Opfer (er hätte ruhig sagen sollen auch Opfer an Geld), Entfagung, vielleicht noch mehr! Aber die Zeichen der Zeit stehen auf Sieg für uns. Die Götzen des vorigen Menschenalters sind vergangen. Der Raub der Technik, als ob ihre Errungenschaft den letzten seelischen Bedarf des Menschen deckte, ist überwunden. Das Suchen der technischen Hochschüler nach dem, was dahinter und darüber liegt, hat Dibelius in persönlichem Austausch erleben dürfen. Alles in allem, wir dürfen uns der Freude hingeben, in einer Zeit zu leben, wo die Kirche eine neue Zukunft sich bereitet, der Freude, die nicht ruht, sondern schafft und opfert! Verdienter Beifall gab dem Redner Kunde, daß er die Herzen seiner Zuhörer gefunden hatte.

Arnold Baubke.

An das deutsche Volk!

Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Befreiung der besetzten Gebiete.

Reichspräsident von Hindenburg und die Reichsregierung veröffentlichen folgenden Aufruf zum Tage der Rheinlandräumung:

An das deutsche Volk!

Nach langen Jahren der Drangsal und des Harrens ist heute die Forderung aller Deutschen erfüllt: Die fremden Besatzungstruppen haben das Land am Rhein verlassen. Treue Vaterlandsleute, geduldige Ausdauer und gemeinsame Opfer haben dem seit dem unglücklichen Ausgang des großen Krieges von fremden Truppen besetzten Gebiet das höchste Gut eines jeden Volkes, die Freiheit, wiedergewonnen. Der Leidensweg, den die rheinische Bevölkerung aufrechtshauptes um Deutschlands willen gegangen ist, ist zu Ende.

Der Tag der Befreiung soll ein Tag der Dankbarkeit sein. Unser erstes Gedenken gebührt heute denen, die im Kampf für die Freiheit Deutschlands geblieben sind, die ihr Leben gaben für das Vaterland! Zu ihnen gehören auch alle, die während der harten Jahre der Besetzung ein Opfer ihrer Vaterlandsliebe wurden. Unvergessen sollen die Leiden der Männer und Frauen bleiben, die in der schweren Prüfungszeit seelisch und körperlich für Deutschland geduldet haben, und stets werden wir der vielen Tausende gedenken, die wegen ihrer Treue zu Vaterland und beschworener Pflicht durch fremde Machtwillkür von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihnen allen schulden wir unaussprechlichen Dank! Wir wollen ihn abtaten durch das Versprechen, uns aller gebrachten Opfer durch Dienst an Volk und Vaterland würdig zu erweisen.

Noch harren unsere Brüder im Saargebiet der Rückkehr zum Mutterland. Wir grüßen heute deutsches Land und deutsches Volk an der Saar aus tiefstem Herzen und mit dem Gelöbniß, alles daran zu setzen, daß auch ihre Wiedervereinigung mit uns bald Wirklichkeit wird. Auch ihnen gebührt heute Deutschlands Dank. Wir wissen, daß sie stolz ihr Deutschtum bewahrt haben, und daß sie ihre Rückkehr zum Mutterlande nicht mit Bindungen erkaufen wissen wollen, die den deutschen Gesamtinteressen widersprechen.

Über dem politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes hängen immer noch schwere Wolken. Aber dennoch ist uns der heutige Tag Anlaß freudiger Zuversicht. Ein Volk, das, ganz auf sich allein gestellt, trotz härtester Bedrängnis sich selbst behauptet hat, ein Land, das auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik auch in bitterer Notzeit Leistungen vollbracht hat, die in der ganzen Welt anerkannt und bewundert werden, hat ein Recht darauf, mit Selbstvertrauen und mit Zuversicht seiner Zukunft entgegenzugehen. Durch Jahre schwerer Leiden, durch Uebernahme drückender Lasten haben wir dem Land am Rhein die Freiheit wiedergewonnen; für unseres Vaterlandes Glück und Zukunft wollen wir sie in treuem Zusammenstehen erhalten.

Das Gelöbniß dieser feierlichen Stunde sei Einigkeit! Einig wollen wir sein in dem Streben, unser

während jenseits der deutschen Grenze auf engstem Raume neun Infanterie-Divisionen, zwei Kavallerie-Divisionen und eine Luftdivision zusammengeschlossen und von einem Riesenbefestigungswerk geschützt sind.

Für Deutschland ergibt sich daraus der Zwang, nach der Befreiung des Rheinlandes dahin zu wirken, daß der Rhein, der auch heute noch bedroht ist, völlig frei wird. Die Auswirkung der Rheinlandräumung aber hängt so nicht vom wenigsten davon ab, welches Verständnis Frankreich den deutschen Lebensnotwendigkeiten entgegenbringen wird. Wie die Auslassungen über die Räumung des Rheinlandes beweisen, ist dieses Verständnis zur Stunde in Frankreich nicht stärker ausgeprägt, als in den Jahren zuvor, also kaum vorhanden.

Zudem fühlt sich Poincaré, der auch ohne Regierungsrat eine der einflussreichsten Persönlichkeiten Frankreichs ist, bemüht, schon am Tage der Rheinlandräumung die französische Regierung vor jeder Aenderung des Friedensvertrags — und sei diese Aenderung auch noch so geringfügig — zu warnen.

Freiheitsfeiern im Rheinland.

Flaggenhissung und Glöckengeläut im ganzen Reich. — Kundgebungen zur Räumung.

Aus Anlaß der Räumung des Rheinlandes veranstalteten die Kirchen sämtlicher Konfessionen in den Mittagsstunden des heutigen Dienstags ein feierliches Glöckengeläut. Die Reichsbehörden im gesamten Reichsgebiet haben Flaggen gehißt.

Im Rheinland fanden in der Nacht zum Dienstag in mitternächtlicher Stunde in zahlreichen Städten Befreiungsfeiern statt, vor allem in Wiesbaden, Mainz, Trier und Speyer. Festredner waren die Reichsminister Dr. Wirth, Trebmann und von Guérard sowie der preussische Ministerpräsident Braun.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag, der gegenwärtig in Nürnberg tagt, erließ eine Kundgebung, in der es heißt:

Der Deutsche Evangelische Kirchentag sendet den evangelischen Kirchen und Gemeinden der Westmark Dankesgruß und Segenswünsche. Mehr als zehn Jahre haben sie mit allen Völkern des Rheinlandes den harten Druck getragen und sich treu und tapfer zur Schicksalsgemeinschaft mit Volk und Vaterland bekannt, sie haben sich eifrig für unter Gottes Führung gebeugt und sind in der Kraft des Glaubens lebendig und tätig geblieben. Gott wolle sie weiterhin reichlich segnen und durch seinen Geist hüten.

Aus Anlaß der Rheinlandräumung hat die Stadt Rehl am Grabe Stresemanns einen Kranz niedergelegt lassen. Weitere Kränze wurden von anderen rheinischen Städten und von einer pfälzischen Abordnung der Deutschen Volkspartei niedergelegt.

geliebtes Vaterland auf friedlichem Wege nach Jahren der Not einem besseren und helleren Tag entgegenzuführen. Einig wollen wir sein in dem Schwur:

Deutschland, Deutschland über alles!

Unterzeichnet ist der Aufruf vom Reichspräsidenten von Hindenburg, vom Reichskanzler Dr. Brüning und von sämtlichen Mitgliedern der Reichsregierung.

Die Besatzung abmarschiert.

Die Niederholung der letzten Tricolore. — Die Abreise der Rheinlandkommission.

— Wiesbaden, 1. Juli.

Seit Montag nachmittag ist die dritte Zone am Rhein von der fremden Besatzung frei! Überall in Stadt und Land wehen wieder die deutschen Fahnen, freut sich die Bevölkerung ohne Unterschied der Partei des Endes der zwölfjährigen Fremdherrschaft am Rhein! Der Abmarsch der letzten Besatzungstruppen verlief ohne Zwischenfall.

Im Mittelpunkt des letzten Aktes der Räumung standen Wiesbaden und Mainz, die beiden Brennpunkte der militärischen und zivilen Verwaltung.

In Wiesbaden drängte die Menge schon am Vormittag nach dem Hotel „Wilhelma“, dem Sitz der Rheinlandkommission. Der Platz war in weitem Umkreise abgesperrt. Die deutsche Bevölkerung harter in Ruhe aus und sah mit tiefer Befriedigung der Niederholung der englischen, belgischen und französischen Flagge, die bisher über dem Gebäude der Rheinlandkommission wehten, zu. Die letzte Sitzung der Rheinlandkommission, an der auch der deutsche Vertreter bei der Kommission, Freiherr von Langwerth und Simmern teilnahm, war dem Austausch von Höflichkeit gewidmet.

Nach Niederholung der Flaggen marschierte die „Ehrengarde“ der Rheinlandkommission nach dem Bahnhof, während der Oberkommandierende der Rheinlandtruppen, General Guillaumat, sich nach Mainz begab.

Bei der Ankunft Guillaumats in Mainz hatte der dort stationierte Rest der Besatzung, ein Bataillon Infanterie und eine Gendarmenabteilung, bereits vor dem Schloß Aufstellung genommen. Unter den Klängen der Marschallie schritt General Guillaumat die Front ab. Am 11 Uhr 20 Minuten ging dann auch in Mainz die französische Tricolore — die letzte — nieder. Bei der Niederholung der französischen Flagge brach die deutsche Bevölkerung in laute Hurraufe aus.

Nach der Flaggenniederholung marschierten die Franzosen mit klingendem Spiel und in feierlicher Aufmarsch zum Bahnhof. An den Straßen standen Tausende und aber Tausende — unter ihnen viele, die von der Besatzung aus dem Rheinland ausgewiesen worden waren — und gaben immer wieder ihrer Freude über das Ende der Besatzungsschmach Ausdruck. Kurz nach 1 Uhr rollte dann der letzte Zug mit französischen Truppen aus Mainz; im Sonderzug folgte ihm General Guillaumat mit seinen Offizieren.

Das Rheinland aber rüstete zur nächtlichen Feier des Abmarsches der Franzosen!

Reichspräsident von Hindenburg

über sandte dem Oberbürgermeister von Trier ein Telegramm und dankt darin für das Gelöbniß unwandelbarer Treue zum deutschen Vaterlande. Zugleich gedenkt Reichspräsident von Hindenburg darin der tapferen und treuen Haltung der Bevölkerung während der letzten zwölf Jahre.

Botschaft des Kirchentages.

Kundgebung zur Kirchenfrage. — Die seelische Not der Arbeitslosigkeit. — Schulgesetz erneut gefordert.

Der deutsche evangelische Kirchentag in Nürnberg hat unter dem Eindruck der Feier der Augsburger Konfession eine Botschaft erlassen, die zur Frage der Kirche Stellung nimmt und das evangelische Kirchenvolk zur Kirchlichkeit aufruft. Die Kundgebung beginnt mit einem Rückblick auf die Entstehung der evangelischen Kirche und fährt dann fort:

„Heute erwachen der evangelischen Kirche im Zusammenbruch unserer Zeit und in einer für sie völlig veränderten Lage höchste Verpflichtung und heilige Verantwortung. Sie hat einer gärenden Welt den Willen Gottes als die Wahrheit zu verkünden, in der die Kraft der Erlösung und Erneuerung liegt. Sie hat einem zerrissenen Volk Gemeinschaft zu bieten, die stärker ist als alle Stände- und Berufsvereinigungen, stärker als der Kampf der Minderheiten, stärker als aller wirtschaftliche Zwang. Sie weiß sich endlich auch jenen zum Dienst verpflichtet, die ihr fremd und feind geworden sind. In solcher Verpflichtung betonen sich die deutschen evangelischen Kirchen und fordern alle ihre Glieder auf zu rechter Kirchlichkeit. Jeder soll sich in Treue zu Gottes Wort halten, sich mutig zu seinem Glauben bekennen und in ihm Bruderinn und Opferwilligkeit bewahren. Die evangelischen Kirchen stellen sich unter das Gericht und die erneuernde Kraft des Evangeliums. So sehen sie getroffen in die Zukunft.“

Im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit forderte der Kirchentag mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen, daß zur Behebung dieser Not, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit das Neueste getan werde. Allen Gliedern der Kirche wird die ständige Verpflichtung auferlegt, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darbenenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen.

In einer Entschließung zur Schulfrage fordert der Kirchentag angesichts der immer untragbarer werdenden Schulverhältnisse Fortsetzung der Bemühungen um eine reichsrechtliche Regelung.

Europäischer Zoll-Kongress.

Der 1927 gegründete Europäische Zollverein trat im Gebäude des französischen Außenministeriums zu seinem ersten Kongress zusammen. Vertreten sind 14 Staaten, darunter auch Deutschland.

